

Schriften zum Internationalen und
Europäischen Strafrecht

41

Helmut Satzger (Hrsg.)

Harmonisierung strafrechtlicher Sanktionen in der Europäischen Union

Harmonisation of Criminal Sanctions
in the European Union



Nomos

Schriften zum Internationalen und
Europäischen Strafrecht

Herausgegeben von

Professor Dr. Martin Heger, Humboldt-Universität zu Berlin

Professor Dr. Florian Jeßberger, Universität Hamburg

Professor Dr. Frank Neubacher, M.A., Universität zu Köln

Professor Dr. Helmut Satzger, LMU München

Professor Dr. Gerhard Werle, Humboldt-Universität zu Berlin

Band 41

Helmut Satzger (Hrsg.)

Harmonisierung strafrechtlicher Sanktionen in der Europäischen Union

Harmonisation of Criminal Sanctions
in the European Union



Nomos

Entstehung des Bandes mit freundlicher Unterstützung der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG).

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

The Deutsche Nationalbibliothek lists this publication in the Deutsche Nationalbibliografie; detailed bibliographic data are available on the Internet at <http://dnb.d-nb.de>

ISBN 978-3-8487-6081-7 (Print)
978-3-7489-0210-2 (ePDF))

British Library Cataloguing-in-Publication Data

A catalogue record for this book is available from the British Library.

ISBN 978-3-8487-6081-7 (Print)
978-3-7489-0210-2 (ePDF)

Library of Congress Cataloging-in-Publication Data

Satzger, Helmut

Harmonisierung strafrechtlicher Sanktionen in der Europäischen Union

Harmonisation of Criminal Sanctions in the European Union

Helmut Satzger (ed.)

803 pp.

ISBN 978-3-8487-6081-7 (Print)
978-3-7489-0210-2 (ePDF)

1. Auflage 2020

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2020. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

This work is subject to copyright. All rights reserved. No part of this publication may be reproduced or transmitted in any form or by any means, electronic or mechanical, including photocopying, recording, or any information storage or retrieval system, without prior permission in writing from the publishers. Under § 54 of the German Copyright Law where copies are made for other than private use a fee is payable to "Verwertungsgesellschaft Wort", Munich.

No responsibility for loss caused to any individual or organization acting on or refraining from action as a result of the material in this publication can be accepted by Nomos or the editor.

Vorwort

Welche Strafe erhält ein Täter für eine Tat? Diese vermeintlich einfache Frage ist in Wirklichkeit keineswegs leicht zu beantworten. Es handelt sich vielmehr um eine höchst komplizierte Angelegenheit, die in jeder Rechtsordnung eine Vielzahl an Vorfragen aufwirft und weitere rechtliche Folgen nach sich zieht. Die Findung und Verhängung konkreter Strafen ist stets in ein komplexes Sanktionensystem eingebunden, dessen Koordinaten grundsätzlich – wenn auch zu unterschiedlichen Anteilen – von Legislative und Judikative bestimmt werden. Daneben spielen jedoch weitere schwer fassbare Faktoren wie allgemeine rechtspolitische Vorstellungen über die Strafe und deren Zwecke, überkommene Maßstäbe bei der Strafzumessung und allgemeine Traditionen eine nicht zu unterschätzende Rolle. Dass nun in zunehmendem Maße auch die Europäische Union als „Player“ im Bereich des Strafrechts auftritt, in bestimmten Bereichen nationale Straftatbestände harmonisieren und auch die in den nationalen Rechtsordnungen vorgesehenen Strafen angleichen kann, verkompliziert die Situation zusehends, insbesondere deshalb, weil die EU bislang ganz offensichtlich keine überzeugende Methode gefunden hat, von ihrer Harmonisierungskompetenz im Bereich strafrechtlicher Rechtsfolgen sowohl effektiv als auch schonend Gebrauch zu machen.

Die somit aufgeworfene Frage, ob und wie die strafrechtlichen Sanktionen der Mitgliedstaaten sinnvollerweise angeglichen werden sollten, war Anlass für ein auf drei Jahre angelegtes, dankenswerterweise von der DFG finanziertes Projekt, welches ich gemeinsam mit meinen Kolleginnen und Kollegen der Wissenschaftlergruppe „European Criminal Policy Initiative“ an der Ludwig-Maximilians-Universität München realisieren durfte. Mit dem vorliegenden Band fassen wir die Inhalte unserer Arbeit zusammen und stellen ein unseres Erachtens rechtspolitisch ausgewogenes und konkret nutzbares Modell zur künftigen Angleichung der strafrechtlichen Sanktionen durch die Europäische Union vor.

Die Europäische Union hat sich die Schaffung eines einheitlichen Rechtsraums – eines „Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts“ – zum Ziel gesetzt. In diesem soll eine justizielle Zusammenarbeit v.a. im Rahmen einer transnationalen Strafverfolgung effektiv möglich sein. Angesichts der nach wie vor erheblichen Unterschiede zwischen den Rechtsordnungen der Mitgliedstaaten setzt die EU auf Zweierlei: zum einen auf einen Abbau der größten Unterschiede zwischen dem Straf- und Strafpro-

Vorwort

zessrecht der Mitgliedstaaten durch „Harmonisierung“; zum anderen darauf, dass alle mitgliedstaatlichen Gerichte und Behörden die justiziellen Entscheidungen aus dem EU-Ausland ebenso anerkennen und vollstrecken wie eine im eigenen Land ergangene Entscheidung, und zwar selbst dann, wenn – wegen der verbleibenden (und nur verringerten) rechtlichen Unterschiede – die anzuerkennende Entscheidung im Inland so nicht hätte ergehen können. Diese Harmonisierung als Grundlage einer gegenseitigen Anerkennung betrifft im Strafrecht – wie Art. 83 AEUV klarstellt – nicht nur die „Festlegung von Straftaten“, sondern auch „von Strafen“.

Bislang lag das Hauptaugenmerk bei der europäischen Strafrechtsharmonisierung vor allem auf der Tatbestandsseite. Die Rechtsakte der Europäischen Union – Rahmenbeschlüsse (vor dem Vertrag von Lissabon) und Richtlinien (seitdem) – regeln die Frage, welches Verhalten mit Strafe bedroht sein soll. Die Vorgaben zu den Rechtsfolgen, also der Frage, *wie* das inkriminierte Verhalten bestraft werden muss, bleiben in den bisherigen europäischen Rechtsakten bislang jedoch recht oberflächlich und ungenau. Ein überzeugendes System ist nicht erkennbar; stattdessen wird mit Figuren wie „Mindesthöchststrafen“ gearbeitet, die von vornherein eine effiziente Harmonisierung nicht erbringen können. Dies ist bedauerlich, da gerade die Rechtsfolgen für die Einschätzung der Schwere einer Tat von maßgeblicher Bedeutung sind: Die angedrohte Strafe ist es, die den Unwertgehalt des inkriminierten Verhaltens zum Ausdruck bringt. Sie ist es, aus der sich die Konsequenzen für den Straftäter selbst ergeben. Erreicht man insofern keine zufriedenstellende Rechtsangleichung, hat dies zur Folge, dass auch die Annäherung der Definition des zu pönalisierenden Verhaltens in den verschiedenen Mitgliedstaaten weitgehend wirkungslos bleibt. Dies läuft dann aber dem erklärten Ziel der EU zuwider, einen einheitlichen Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts zu schaffen.

Vor diesem Hintergrund war es das Anliegen des vorliegenden Projekts, ein System zur Harmonisierung von Sanktionen zu entwickeln und dem europäischen Gesetzgeber ein Modell an die Hand zu geben, welches ein Mehrfaches berücksichtigen kann: Einerseits soll der europäische Gesetzgeber in die Lage versetzt werden, in den Harmonisierungsrechtsakten eine Unwertabstufung zwischen den harmonisierten Straftaten vornehmen zu können. Damit soll die EU jedenfalls in die Lage versetzt werden, den Kern eines eigenen Sanktionensystems selbst definieren und zukünftig weiterentwickeln zu können. Andererseits soll – soweit wie möglich – den Mitgliedstaaten der Freiraum belassen werden, ihr bekanntes und meist auch in sich stimmiges Sanktionensystem aufrecht zu erhalten und von punktuellen, häufig systemfremden Beeinflussungen durch EU-rechtliche Vorgaben verschont zu bleiben. Deshalb sollen – im Rahmen der von der

EU vorgegebenen Unwertabstufungen – die Mitgliedstaaten ihre im nationalen Recht vorhandenen Sanktionen nutzen können, um der europäischen Umsetzungsverpflichtung gerecht zu werden. Im Rahmen des Projekts schlagen wir daher für die zukünftige Harmonisierung der nationalen Sanktionen der Mitgliedstaaten durch EU-Recht ein sog. „Kategorienmodell“ vor. Dieses weist unseres Erachtens nicht nur erhebliche Vorteile gegenüber der *lex lata* auf, sondern besitzt zudem ein großes Potential für eine potentiell intensivere Integration auch und gerade bei den strafrechtlichen Sanktionen – vorausgesetzt natürlich, die zukünftige politische Großwetterlage weist in diese Richtung.

Selbstverständlich konnte der Entwurf eines solchen Modells nicht in einem rechtlichen Vakuum erfolgen. Vielmehr war erforderlich, sich zunächst einen detaillierten Überblick über die – wie sich herausstellte – erheblichen Unterschiede in den Sanktionensystemen der Mitgliedstaaten zu erarbeiten. Darüber hinaus knüpft das von uns vorgeschlagene Modell an deutliche Schwächen (aber durchaus auch an einige Stärken) der bisherigen Praxis des EU-Gesetzgebers an, die sich erst durch eine profunde Analyse der strafrechtlichen Sanktionen in bisherigen Rechtsakten der EU aufzeigen ließen.

Die anspruchsvolle rechtsvergleichende wie europastrafrechtliche Aufgabenstellung konnte nur dadurch bewältigt werden, dass die derzeit zwanzig Mitglieder der European Criminal Policy Initiative – allesamt kompetente (Europa-) Strafrechtler aus insgesamt zwölf Mitgliedstaaten, die in der jüngeren Vergangenheit bereits mehrfach konstruktive Beiträge zur Entwicklung eines europäischen Strafrechts ausgearbeitet haben (genannt sei vor allem die Veröffentlichung zweier vielbeachteter Manifeste, eines zur europäischen Kriminalpolitik im Jahr 2009 und eines zum Europäischen Strafverfahrensrecht im Jahr 2013) – nicht nur ihre Kenntnisse über das jeweilige nationale Sanktionensystem einbrachten, sondern auch konstruktiv am Entwurf des „Kategorienmodells“ mitwirkten. Für die exzellente Zusammenarbeit, die mir die ganzen drei Jahre hindurch eine große Freude war, möchte ich mich bei meinen ECPI-Kolleginnen und -Kollegen von ganzem Herzen bedanken.

Großer Dank gebührt aber auch ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die engagiert und kenntnisreich an den einzelnen Länderberichten mitgewirkt haben. Genannt seien hier insbesondere Herr Dr. Miguel João Costa (Universität Coimbra, Portugal), Frau Dr. Jenny Frinchaboy (Université Paris 1 Panthéon-Sorbonne, Frankreich), Frau Dr. Athina Giannakoula (Aristoteles Universität, Thessaloniki), Herr Axel Holmgren (Universität Stockholm, Schweden), Frau Prof. Dr. Marta Muñoz de Morales Romero und Frau Cristina Rodríguez Yagüe (beide Universität Castilla la

Vorwort

Mancha, Spanien) sowie Herr Dr. Martin Stricker (Universität Wien, Österreich).

Ein besonders großer Dank gebührt denjenigen Kolleginnen und Kollegen, die unsere rechtsvergleichenden Erkenntnisse durch ihre Mitarbeit erfreulicherweise weit über den europäischen Rahmen hinaus bereichern konnten. Auf diese Weise ist es gelungen, unsere europäische Gruppe – zunächst projektbezogen – über die EU hinaus in eine ECPI^{global} weiterzuentwickeln. Überaus lehrreich waren insoweit die Betrachtungen zum US-amerikanischen Sanktionenrecht, die wir Frau Prof. Dr. Carol Steiker (Harvard Law School, USA) und Frau Prof. Dr. Sara Sun Beale (Duke Law School, USA) verdanken. Mit enormer Mühe haben Herr Prof. Dr. Gabriel Perez-Barberà, Frau Dr. Alejandra Verde und Frau Marina Basso dankenswerterweise den Fragebogen zum Sanktionensystem in Argentinien bearbeitet.

Schließlich danke ich meinem Kollegen Herrn Prof. Dr. Johannes Kaspar (Universität Augsburg) ganz herzlich für seine aktive Mitwirkung, insbesondere auch dafür, dass er unsere Überlegungen durch seinen tiefen sanktionenrechtlichen und kriminologischen Sachverstand gekonnt ergänzt hat.

Eine so reibungslose Koordination der Zusammenarbeit derart vieler internationaler Wissenschaftler wäre nicht denkbar ohne eine höchst kompetente und jederzeit einsatzbereite Projektleitung. Insoweit war es ein wahrer Glücksfall, dass mir für diese Aufgabe an der LMU zwei unermüdlich tätige Mitarbeiter – Frau Sarah Pohlmann und Herr Benedikt Linder (beide *Maître en droit*) – zur Seite standen, die nicht nur die nicht immer einfachen organisatorischen Aufgaben mit scheinbarer Leichtigkeit meisterten, sondern gerade auch in den rechtsvergleichenden und inhaltlichen Teilen des Projektes äußerst aktiv mitwirkten und so dem gesamten Projekt ihren deutlichen Stempel aufdrückten.

Zum fleißigen Münchener Team gehören daneben auch meine Lehrstuhlmitarbeiter Severin Berger, Dorothea Hirt, Niklas Kastel, Theresa List, Julia Mayer, Julio Ramos Pires, Noah Räderer, Nadim Sarfraz, Lorenz Seidl und Melanie Vachal. Besonders danken will ich noch meinen Mitarbeitern Lorcán Hyde und Patrick Siegle, die nicht nur, aber insbesondere auch für einen Großteil der hervorragenden Übersetzungsarbeit und eine äußerst verlässliche Sprachkontrolle verantwortlich zeichnen.

Last but not least möchte ich der Nomos Verlagsgesellschaft, namentlich Herrn Prof. Dr. Johannes Rux, für die Unterstützung bei der Veröffentlichung sowie meinen Mitherausgebern und Kollegen Martin Heger, Florian Jeßberger, Frank Neubacher und Gerhard Werle für die Zustim-

Vorwort

mung zur Aufnahme in die renommierte Schriftenreihe zum Internationalen und Europäischen Strafrecht ganz herzlich danken.

München, den 9. September 2019

Helmut Satzger

Preface

How punish a perpetrator for what he has done? This supposedly simple question is by no means easily answered in reality. Rather, it is a highly complex matter which in every legal system raises a large number of preliminary questions and entails further legal consequences. The finding and imposition of specific penalties is always integrated into a complex sanctioning system, the coordinates of which are basically determined – to different extent – by the legislature and the judiciary. In addition, however, other, less graspable factors such as general legal policy ideas about punishment and its purposes, traditional standards of punishment and other general traditions, play a role that should not be underestimated. The fact that the European Union is now increasingly acting as a “player” in the field of criminal law, being able to harmonise national offences in certain areas and to harmonise the penalties provided for in national legal systems, complicates the situation more and more, in particular because the EU has quite obviously not yet found a convincing method of making effective and at the same time considerate use of its harmonisation competence in the field of criminal legal consequences.

The question thus raised as to whether and how the criminal sanctions of the Member States should be harmonised in a sensible manner, was the incentive for a three-year project, thankfully financed by the DFG, which I was able to realise at the Ludwig-Maximilian University of Munich together with my colleagues from the research group “European Criminal Policy Initiative”. The present volume summarises the findings of our work and presents a model for the future harmonisation of criminal sanctions by the European Union, which we consider to be balanced in terms of legal policy and at the same time feasible in terms of actual implementation.

The European Union has set itself the objective of creating a single judicial area – an “area of freedom, security and justice”. The aim is to achieve real judicial cooperation, especially in the context of transnational criminal prosecution. In view of the still considerable differences between the legal systems of the Member States, the EU is focusing on two different measures: firstly, on reducing the biggest differences between the criminal and procedural law systems of the Member States through “harmonisation”; secondly, on ensuring that all Member States’ courts and authorities recognise and enforce foreign judgments in the same way as those passed in their own country, even if – due to the remaining (and only reduced)

Preface

legal differences – the judgment to be recognised could not have been passed in their own country. As art. 83 TFEU clarifies, this harmonisation as the basis of mutual recognition concerns in criminal law not only the “definition of criminal offences” but also of “sanctions”.

So far, the main focus of European criminal law harmonisation has been on elements establishing the crime itself. The legal acts of the European Union – Framework Decisions (before the Treaty of Lisbon) and Directives (since then) – deal with the question which conduct should be punishable. However, so far, the provisions on the legal consequences, answering the question of *how* the incriminated behaviour shall be punished, remain rather superficial and imprecise in the European legal acts. A convincing system is yet to be found; instead, figures such as “minimum maximum penalties” are in use, which from the very outset cannot provide efficient harmonisation. This is regrettable as it is precisely the legal consequences that are of decisive importance in assessing the gravity of an offence: It is the threatened punishment that expresses the degree of disvalue of the incriminated behaviour and that determines the consequences for the offender him- or herself. If satisfactory alignment among all Member States is not achieved in this respect, the result is that also the approximation of the defining elements of conduct to be penalised will remain largely ineffective. This however would run counter to the EU’s objective of creating a single area of freedom, security and justice.

Against this background, the aim of the present project was to develop a system for harmonising sanctions and to provide the European legislator with a model that can take into account several factors: On the one hand, the European legislator is to be enabled to make a distinction in the harmonising legal acts as to the degree of disvalue of different harmonised offences. This should at least put the EU in a position to define the core of its sanctioning system itself and to be able to develop it further in the future. On the other hand, the Member States are to be left – as far as possible – with the freedom to maintain their well-known and mostly consistent systems of sanctions and to be spared punctual, often non-systemic influences by EU stipulations. For this reason, the Member States shall – as far as in accordance with the EU-prescribed judgment of degree of disvalue as set out in the new stipulations – be able to use the sanctions available in their national law system when fulfilling their obligation of transposition. In our project, we therefore propose a so-called “category model” for the future harmonisation of national sanctions of Member States through EU law. In our opinion, this not only has considerable advantages over the *lex lata*, but also has great potential for potentially more intensive integration,

also and especially concerning criminal sanctions – provided, of course, that the general political situation in future points in this direction.

Of course, the design of such a model could not take place in a legal vacuum. Rather, it was necessary to first draw up a detailed overview of the surprisingly significant differences between the sanctioning systems of the Member States. In addition, the model proposed by us ties in with significant weaknesses (but indeed also some strengths) in the previous practice of the EU legislator, which could only be identified through a profound analysis of criminal sanctions in previous EU legal acts.

This challenging task of both law comparison and European criminal law could only be mastered in cooperation of all of the currently twenty members of the European Criminal Policy Initiative, all of whom are competent (European) criminal lawyers from a total of twelve Member States and who have already made constructive contributions to the development of European criminal law on several occasions in the recent past (above all the publication of two highly regarded manifestos, one on European criminal policy in 2009 and one on European criminal procedural law in 2013). Not only did they contribute their knowledge of the respective national sanctioning system, but they also played a constructive role in the drafting of the “category model”. I would like to sincerely thank my ECPI colleagues for their excellent cooperation, which was a great pleasure to me throughout the entirety of the project’s three-year duration.

Great thanks is also due to their research assistants who contributed to the individual country reports in a committed and knowledgeable manner. A particular mention goes to Dr Miguel João Costa (University of Coimbra, Portugal), Dr Jenny Frinchaboy (Université Paris 1 Panthéon-Sorbonne, France), Dr Athina Giannakoula (Aristotle University, Thessaloniki), Axel Holmgren (University of Stockholm, Sweden), Prof Dr Marta Muñoz de Morales Romero and Cristina Rodríguez Yagüe (both University of Castilla la Mancha, Spain) and Dr Martin Stricker (University of Vienna, Austria).

We would particularly like to thank those colleagues who helped us extend our comparative law findings to far beyond the European borders and hence develop our European group into a ECPI^{global}, a first in the history of the ECPI projects. The reflections on US sanctioning law that we owe to Prof Dr Carol Steiker (Harvard Law School, USA) and Prof Dr Sara Sun Beale (Duke Law School, USA) were extremely instructive in this respect. With enormous effort Prof Dr Gabriel Perez-Barberà, Dr Alejandra Verde and Marina Basso thankfully completed the questionnaire on the sanctioning system of Argentina.

Preface

Finally, I would like to thank my colleague Prof Dr Johannes Kaspar (University of Augsburg) very warmly for his active cooperation, in particular for skilfully supplementing our considerations with his profound expertise in sanctioning law and criminology.

Such a smooth coordination of the cooperation of so many international researchers would not be conceivable without a highly competent and motivated project management team. In this regard it was a real stroke of luck that two tirelessly active research assistants – Sarah Pohlmann and Benedikt Linder (both *Maître en droit*) – stood constantly by my side at the LMU and not only mastered the not always simple organisational tasks with apparent ease, but also participated extremely actively in the comparative legal and content-related parts of the project and thus made their very own impression on the project as a whole.

The diligent Munich team also included my other assistants Severin Berger, Dorothea Hirt, Niklas Kastel, Theresa List, Julia Mayer, Julio Ramos Pires, Noah Räderer, Nadim Sarfraz, Lorenz Seidl and Melanie Vachal. I would particularly like to thank my assistants Lorcán Hyde and Patrick Siegle, who are responsible not only, but foremost, for a large part of the excellent translation work and an extremely reliable language control.

Last but not least, I would like to sincerely thank Nomos Verlagsgesellschaft, foremost Prof Dr Johannes Rux, for the support in the publication, as well as my co-editors and colleagues Martin Heger, Florian Jeßberger, Frank Neubacher and Gerhard Werle for agreeing on the inclusion of this publication in the renowned Series on International and European Criminal Law.

Munich, September 9th 2019

Helmut Satzger

Autorenverzeichnis

Prof. Dr.	Petter	Asp	Justizrat des schwedischen Obersten Gerichtshofs (Högsta domstolen)
	Marina	Basso	Universität Torcuato Di Tella (Argentinien)
Prof. Dr.	Nikolaos	Bitzilekis	Universität Thessaloniki (Griechenland)
Prof. Dr.	Sergiu	Bogdan	Universität Cluj (Rumänien)
Prof. Dr.	Pedro	Caeiro	Universität Coimbra (Portugal)
Prof. Dr.	Thomas	Elholm	Universität Kopenhagen (Dänemark)
Prof. Dr.	Luigi	Foffani	Universität Modena und Reggio Emilia (Italien)
Prof. Dr.	Dan	Frände	Universität Helsinki (Finnland)
	Dr. Jenny	Frinchaboy	Universität Paris 1 Panthéon-Sorbonne (Frankreich)
Prof. Dr.	Helmut	Fuchs	Universität Wien (Österreich)
	Dr. Dan	Helenius	Universität Helsinki (Finnland)
	Axel	Holmgren	Universität Stockholm (Schweden)
	Dr. Miguel	Costa	Universität Coimbra (Portugal)
Prof. Dr.	Maria	Kaiafa-Gbandi	Universität Thessaloniki (Griechenland)
Prof. Dr.	Johannes	Kaspar	Universität Augsburg
Prof. Dr.	Jocelyne	Leblois-Happe	Universität Straßburg (Frankreich)
	Benedikt	Linder	Ludwig-Maximilians-Universität München
Prof. Dr.	Marta	Muñoz de Morales Romero	Universität Castilla la Mancha (Spanien)
	Dr. Laura	Neumann	Ludwig-Maximilians-Universität München
Prof. Dr.	Adán	Nieto-Martín	Universität Castilla la Mancha (Spanien)
Prof. Dr.	Gabriel	Perez-Barbera	Universität Torcuato Di Tella (Argentinien)
	Sarah	Pohlmann	Ludwig-Maximilians-Universität München
Prof. Dr.	Cristina	Rodríguez Yagüe	Universität Castilla la Mancha (Spanien)
Prof. Dr.	Helmut	Satzger	Ludwig-Maximilians-Universität München

Autorenverzeichnis

Prof.	Dr.	Slavomir	Steinborn	Universität Danzig (Polen)
	Dr.	Martin	Stricker	Universität Wien (Österreich)
	Dr.	Annika	Suominen	Universität Stockholm (Schweden)
Prof.	Dr.	Elisavet	Symeonidou-Kastanidou	Universität Thessaloniki (Griechenland)
	Dr.	Alejandra	Verde	Universität Torcuato Di Tella (Argentinien)
Prof.	Dr.	Francesco	Viganò	Richter am italienischen Verfassungsgerichtshof
Prof.	Dr.	Ingeborg	Zerbes	Universität Wien (Österreich)
PD	Dr.	Frank	Zimmermann	Universität Frankfurt

Inhalt

Forschungsbericht/Research Report

Forschungsbericht 23
Satzger / Linder / Pohlmann

Research Report 35
Satzger / Linder / Pohlmann

Teil 1: Länderberichte EU

Länderbericht Österreich 49
Fuchs / Zerbes / Stricker

Country Report Denmark 77
Elholm

Länderbericht Deutschland 109
Satzger / Kaspar / Linder / Neumann

Country Report Spain 149
Nieto-Martín / Muñoz de Morales Romero / Rodríguez Yagüe

Country Report Finland 185
Frände / Helenius / Suominen

Länderbericht Frankreich 217
Leblois-Happe / Frinchaboy

Länderbericht Griechenland 253
Bitzilekis / Kaiafa-Gbandi / Symeonidou-Kastanidou

Inhalt

Country Report Italy 295
Foffani / Viganò

Länderbericht Polen 333
Steinborn

Country Report Portugal 379
Caeiro / Costa

Country Report Romania 427
Bogdan

Country Report Sweden 455
Asp / Holmgren

Teil 2: Rechtsvergleichende Betrachtungen

Rechtsvergleichende Zusammenfassung 491
Linder / Neumann / Pohlmann

Comparative Conclusion 517
Linder / Neumann / Pohlmann

Strafzumessung in den USA 541
Satzger

Overview of criminal sanctions in Argentina 565
Pérez-Barberá / Verde / Basso

Strafrechtliche Sanktionen und das Recht der Europäischen Union:
eine Bestandsaufnahme 577
Zimmermann

Auswertung der ergänzenden Untersuchungen 615
Linder

	<i>Inhalt</i>
Results of the Complementary Investigations <i>Linder</i>	641
 <i>Teil 3: Kategorienmodell zur Harmonisierung der strafrechtlichen Sanktionen in der EU</i>	
Kategorienmodell zur Harmonisierung der strafrechtlichen Sanktionen in Europa <i>European Criminal Policy Initiative</i>	667
Category Model for the Harmonisation of Criminal Sanctions in Europe <i>European Criminal Policy Initiative</i>	707
 <i>Anhang</i>	
Fragebogen – Harmonisierung strafrechtlicher Sanktionen in der EU <i>Satzger / Linder / Neumann / Zimmermann</i>	745
Questionnaire – Harmonisation of Criminal Sanctions in the EU <i>Satzger / Linder / Neumann / Zimmermann</i>	769
Beispielsfall zur Geldfälschung	793
Exemplary case concerning counterfeiting	795
Abkürzungsverzeichnis	797

